

monitor



Von Technokraten und Extremisten

Hintergrund ➔ Die Entwicklung der Bundesprogramme

Zehn Jahre nach dem »Aufstand der Anständigen« gehen die Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus in eine neue Runde: Rechtsextremismus wird wieder kleingeredet und wenn er nicht zu ignorieren ist, dann ist er eine lokale, zeitlich begrenzte Krise, um die sich ein professionelles »Feuerlöscher«-Programm kümmern soll. Die Verstaatlichung zivilgesellschaftlichen und antifaschistischen Engagements geht mit einer inhaltlichen Entpolitisierung einher – die Ausweitung der Bundesprogramme auf »Linksextremismus« und »islamischen Extremismus« sind die Konsequenz dieser problematischen Entwicklung.

Manchmal ist es nur glücklichen Zufällen zu verdanken, dass rechte Gewalt nicht tödlich endet. So wie am 28. April 2010 in Nürnberg: Dort wurde ein 17-jähriger antifaschistischer Jugendlicher in der U-Bahn durch einen stadtbekannteren Neonazi aus Fürth so massiv geschlagen und getreten, dass PassantInnen ihn zwei Mal reanimieren mussten und er später im Krankenhaus mehrere Tage mit schweren inneren Verletzungen ins künstliche Koma versetzt werden musste. Der Täter aus dem Kreis der militanten »Autonomen Nationalisten« hatte den 17-Jährigen nach einer verbalen Auseinandersetzung zuerst zu Boden geschlagen und dann auf den am Boden Liegenden eingetreten. Zwei Tage lang verschwieg die Polizei den Angriff, dann präsentierte sie diesen als unpolitische U-Bahnschlägerei mit einem »Linksextremisten« als Opfer.

Rechte Gewalt wird zur Randmeldung

Noch vor einem Jahr hätte ein derartiger Angriff, noch dazu in der U-Bahn einer großen westdeutschen Stadt, eine Welle medialer Aufmerksamkeit und Empörung nach sich gezogen: über die wachsende Brutalität von Neonazis; über die militanten Freien Kameradschaften, über die Notwendigkeit weiterer Maßnahmen gegen Rechtsextremismus. Das mediale Schweigen nach dem Nürnberger Angriff ist eines von vielen Beispielen aus den vergangenen zwei Jahren, das die fortschreitende Normalisierung im medialen und politischen Umgang mit politisch rechts motivierter Gewalt – und anderen extrem rechten Aktivitäten – zum Ausdruck bringt.

Nach wie vor ereignen sich täglich zwei bis drei politisch rechts, rassistisch oder antisemitisch motivierte Gewalttaten in Deutschland.



Inzwischen abgeräumt: In der Dorfmitte von Jamel (M-V) wurde klargemacht, was die »Gemeinschaft« will: »Frei - sozial - national«. (c) Otto Belina

Hunderte – alternative Jugendliche, antifaschistisch engagierte junge Erwachsene, Punks, Obdachlose, Flüchtlinge, MigrantInnen, Afrodeutsche und engagierte GewerkschafterInnen – werden jährlich angegriffen und zum Teil erheblich verletzt. Doch in der bürgerlichen Berichterstattung sind derartige Vorfälle in diesen Tagen lediglich Randmeldungen – mit Ausnahme weniger Regionalzeitungen und der *tageszeitung*. Viele, die seit Anfang der 1990er Jahre antifaschistisch engagiert sind, fühlen sich in jene Zeit zurückversetzt, die vor allem durch die Schlagworte »Leugnen, Verdrängen, Ignorieren« geprägt war. In Hildburghausen (Thüringen) diskutierten im Juli ein Vertreter der Grünen und ein Pfarrer unter dem Motto »Wir wollen keine Asylantenheime« öffentlich mit Neonazis, eingeladen hatte das rechtsextreme BÜNDNIS ZUKUNFT HILDBURGHAUSEN und die DVU THÜRINGEN. In Jamel (Mecklenburg-Vorpommern) steht mitten im Dorf ein monumentaler Feldstein mit der Aufschrift »frei-sozi-

antifaschistisches pressearchiv und bildungszentrum berlin e.v. (apabiz)

lausitzerstr. 10 | 10999 berlin

geöffnet do von 15 bis 19 uhr und nach absprache

fon | fax: 0 30 . 6 11 62 49

mail@apabiz.de
http://www.apabiz.de

konto-nummer: 332 08 00
blz: 100 205 00
bank für sozialwirtschaft

monitor ist nicht im abo erhältlich, aber fördermitglieder bekommen ihn zugeschickt.

Das apabiz e. v. informiert seit 1991 über die extreme Rechte. Unsere Informationen stehen allen Personen und Initiativen zur Verfügung. Umgekehrt sind wir an Euren Einschätzungen und Erfahrungen interessiert. Gerne vereinbaren wir einen Austausch oder nehmen Euch in unsere Mailingliste auf.

Archiv: Für Recherchen halten wir unser Archiv bereit, das eines der größten dieser Art in der BRD ist. Wir verfügen über rechte Publikationen, Videos, CDs u.a.m. Diese Primärquellen werden ergänzt durch eine Datenbank, in der Presseveröffentlichungen seit Anfang der 90er Jahre erfasst sind, eine umfangreiche Präsenzbibliothek, verschiedene Sondersammlungen sowie antifaschistische Publikationen aus ganz Europa und den USA.

Bildung: Unser ReferentInnen-Katalog (siehe www.apabiz.de) umfasst mehr als 40 Vorträge und Seminare aus diversen Bereichen, für die ReferentInnen bei uns angefordert werden können. Zu bestimmten Themen haben wir ReferentInnen-Koffer erstellt, die die eigenständige Durchführung von Veranstaltungen ermöglichen, oder halten wir Handreichungen bereit.

Publikationen: Ergebnisse unserer Arbeit verwerten wir nicht nur im *monitor*, sondern auch in Broschüren, Pressemitteilungen, Handreichungen und sonstigen Publikationen. Diese und weitere Materialien findet ihr unter www.apabiz.de.



MANFRED ROUHS, Bundesvorsitzender von PRO DEUTSCHLAND, bei der Eröffnung des hauptstadtbüros (c) Matthias Zickrow

PRO DEUTSCHLAND startet durch

Berlin • Der erst am 5. Juni 2010 gegründete Berliner Landesverband der rechtspopulistischen BÜRGERBEWEGUNG PRO DEUTSCHLAND (PRO D) setzte seitdem auf Veranstaltungen und Strukturausbau für die nächsten Abgeordnetenhauswahlen im Herbst 2011. Nach einer gerichtlichen Auseinandersetzung führte PRO DEUTSCHLAND im Rathaus Berlin-Schöneberg ihre Bundesversammlung mit etwa 100 TeilnehmerInnen durch, gegen die etwa 1000 GegendemonstrantInnen protestierten. Unter den Gästen waren auch Vertreter der belgischen Rechtspartei VLAAMS BELANG, einem der wichtigsten internationalen Bündnispartner der selbst erklärten Bürgerbewegung. Am 19. August erfolgte medienwirksam die Eröffnung des »Hauptstadtbüros« im Berliner Randbezirk Marzahn-Hellersdorf. Dort will PRO D nicht nur den Strukturausbau koordinieren, sondern auch seine Veranstaltungen durchführen. Die erste erfolgte bereits am 26. August bei der MENNO ADEN, Vorsitzender der STAATS- UND WIRTSCHAFTSPOLITISCHEN GESELLSCHAFT (SWG, Hamburg), zum Thema »Deutscher Patriotismus im heutigen Europa« referierte. Der Einladung folgten nur etwa 25 Personen. ◀

Gewaltdebatte in Berlin

Berlin • Bereits im März dieses Jahres hatte die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) zu einer Veranstaltung »extrem = extrem? Warum die Arbeit gegen Rechtsextremismus nicht Opfer ▶

al-national«, während »Autonome Nationalisten« längst fast alle KritikerInnen aus dem Dorf vertrieben haben. Und in Niedersachsen verbietet das Verwaltungsgericht Hannover eine vom DGB angemeldete Protestaktion gegen einen NPD-Aufmarsch (siehe Kurzmeldung auf Seite 5).

Problemverwalter und Krisenbeschwörer

Entscheidend beigetragen zu dieser bundesdeutschen Realität zehn Jahre nach dem Mord an Alberto Adriano im Stadtpark von Dessau – und damit dem Auftakt für den »Aufstand der Anständigen« – hat die dritte Generation der staatlichen Programme gegen Rechtsextremismus.¹

Tatsächlich hatte die zweite Generation der Bundesprogramme *civitas*, *Entimon* und *Xenos* von 2001 bis Ende 2006 sowohl in den Zielen als auch in der konkreten Förderungspolitik einen Paradigmenwechsel eingeläutet in der staatlichen Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus: weg von der Täterförderung, hin zur Stärkung basisdemokratischer Strukturen wie antifaschistischen Jugendinitiativen und der Opferperspektive. Zeitlich mit dem Auslaufen dieser »Modellprogramme« fiel auch der Wechsel von Rot-Grün zu einer großen Koalition zusammen. Es waren neonazistische Aktivitäten – insbesondere die rassistische Hetzjagd von Mügeln (Sachsen) – die im Sommer 2007 die CDU daran hinderten, die verhassten rot-grünen Programme gegen Rechtsextremismus offen zu »Anti-Extremismus-Programmen« umzudeklariert. Stattdessen wurden nun die Schlagworte »Demokratie« und »kompetent« zu Zielen erklärt. Nach dem Gießkannenprinzip wurden zehn lokale Aktionspläne pro Bundesland installiert und Modellprojekte gefördert, in denen u.a. migrantische Jugendliche nicht als Betroffene rassistischer Gewalt, sondern als Problemgruppe und Träger »antidemokratischer« bzw. »extremistischer« Einstellungen zur weiteren Zielgruppe von »Demokratieförderung« deklariert wurden.

Staatliche »Feuerlöcher«

Die Auseinandersetzung mit dem Dauerproblem Rechtsextremismus hingegen wurde zur »Krisenintervention« umdefiniert, für die spezielle »Kriseninterventionsteams« gebildet werden sollten – erstmalig auch in den alten Bundesländern, die damit auch durch die Bundesprogramme Förderung beantragen konnten. In Hamburg wurden die obersten »Feuerlöcher«, die so genannten Landeskoordinierungsstellen, in der Justizbehörde angesiedelt, in Hessen beim Landeskriminalamt und in Schleswig-Holstein beim Innenministerium. Damit wurden von vornherein Bedingungen für staatliche Kontrolle, Deutungshoheit und Zugriff geschaffen. Zentrale Qualitätsmerkmale wie Unabhängigkeit und Glaubwürdigkeit, die beispielsweise für die Beratung und Unterstüt-

zung von Betroffenen rechter Gewalt oder Aktivitäten immens wichtig sind, werden nicht erfüllt.

Dies zeigt, wie weit die mit den Ost-West-Transfers von Projektansätzen gegen Rechtsextremismus einhergehende Verwässerung und die Abschaffung von Standards von Beratungs- und Unterstützungsarbeit reicht. Langjährige, profilierte und als kritisch bekannte antifaschistische Initiativen und ExpertInnen sowie Projekte aus den Strukturen der ostdeutschen Mobilen Beratungs- und Opferberatungsprojekte wurden bei Fachtagungen zunehmend übergangen und stattdessen bestenfalls durch praxisferne WissenschaftlerInnen oder gleich durch VertreterInnen von Verfassungsschutz und Polizei ersetzt.

Zu der Verstaatlichung vormals auf die Förderung zivilgesellschaftlichen Engagements und Initiativen abzielender Programme gehört auch ein weiterer wesentlicher Aspekt bei der Entpolitisierung: das technokratische Simulieren von Zivilgesellschaft mit entsprechend technischen Worthülsen. So wird beispielsweise im Einladungsflyer für eine so genannte »Transferkonferenz Süd« der Bundesprogramme *VIELFALT TUT GUT*. und *kompetent. für Demokratie* der Bundesländer Baden-Württemberg, Bayern und Saarland am 5. Oktober 2010 unter dem Motto »Wege zur Stärkung der demokratischen Bürgergesellschaft« das Wort Rechtsextremismus überhaupt nicht mehr erwähnt. Stattdessen wird von »konkreten Produkten« gesprochen, die in den vergangenen zwei Jahren entstanden seien. Und eine öffentlich wahrnehmbare kritische wissenschaftliche Evaluierung oder Begleitforschung muss hier auch niemand mehr fürchten. In der Online-Fassung des »Gesamtberichts« der wissenschaftlichen Begleitung des *kompetent*-Programms bis Ende 2009 werden lediglich zart längere Förderperspektiven und eine Trennung vom Begriff der »Krisenintervention« empfohlen. Aber im Vordergrund steht auch hier: die »Professionalisierung« der BeraterInnen und Beratungsabläufe.

Von der Professionalisierung zur Entpolitisierung

Möglich geworden ist diese Entwicklung auch, weil viele Projekte und Initiativen, die die zweite Generation der Bundesprogramme als Chance genutzt hatten antifaschistische Praxis und Ziele auszubauen und zu verankern, der Entpolitisierung nicht offensiv entgegen getreten sind. Sie hatten sich den »Sachzwängen« von Professionalisierung, Fördermittelabhängigkeit und dem Rückzug der GründerInnengeneration aus den Projekten ergeben. Und manche scheinen offenbar auch kein Problem mehr damit zu haben, für ihre Arbeit Fördermittel aus der ab 2011 fest eingeplanten neuen Programmlinien zur »Prävention des Linksextremismus« bzw. »extremistischen Islamismus« zu beantragen. Zum Beispiel die



Gesellschaft Demokratische Kultur gGmbH (ZDK) um Bernd Wagner, die unter »Arbeitsfelder« auf ihrer Website schreibt: »Derzeit stellen Rechtsradikalismus/-extremismus und Islamismus in all ihren Erscheinungen die bedeutenden Herausforderungen der demokratischen Kultur dar. Es gilt zudem, allen Formen des Antisemitismus entgegenzutreten, ebenso wie linksradikalen Strukturen und Aktivitäten.«

»Es gibt keine guten Extremisten« – Die Bundesprogramme ab 2011

»Grundsatz muss [...] immer sein: Es gibt keine guten Extremisten«, verkündete Bundesfamilienministerin KRISTINA SCHRÖDER anlässlich der Bekanntgabe von vier Modellprojekten zur »Prävention von Linksextremismus« und »islamischem Extremismus« im Juli 2010. Eher unspezifisch heißt es auch hier, dass für 2011 24 Millionen Euro bereit gestellt würden – wie auch schon in 2010 für die beiden Bundesprogramme *VIELFALT TUT GUT*. und *kompetent. für Demokratie*. Weitere Details zur Perspektive ab 2011 sickern bislang nur spärlich durch: Zu den fest stehenden Neuerungen gehört, dass die Fördermittelvergabe und -verwaltung komplett durch das Bundesamt für den Zivildienst erfolgen soll. Dessen Kompetenzen im Themenfeld Rechtsextremismus sind zwar bislang noch niemandem aufgefallen, dafür sitzen hier aber ab demnächst viele MitarbeiterInnen, die eine Beschäftigung suchen – die weitere Technokratisierung dürfte kaum noch aufzuhalten sein. Unwahrscheinlich auch, dass Kristina Schröder von ihrem Grundsatz der Extremismusbekämpfung ablassen wird, denn auf die Kritik bekannter WissenschaftlerInnen an der Extremismustheorie antwortete Schröder durch die Imple-

mentierung von vier Modellprojekten gegen Islamismus und Linksextremismus. Die beiden Modellprojekte gegen Links sind bei der *Europäischen Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte Weimar (EJBW)* und im *Jugendhof Scheersberg* in Querm (bei Flensburg/Schleswig-Holstein) angesiedelt. Hinzu kommen wird ein neuer Topf bei der Bundeszentrale für politische Bildung über sechs Millionen Euro, im Zugriff des Bundesinnenministeriums, namens »Regiestelle – Förderung von Projekten für demokratische Teilhabe und gegen Extremismus in Ostdeutschland«.

Bereits im Oktober 2007 hieß es im *monitor*, dass es für viele antifaschistische Initiativen und Gruppen auch weiterhin direkte oder indirekte Berührungspunkte mit den Programmen der Bundesregierung bzw. den dadurch geförderten Projekten wie den Opferberatungsstellen oder den Mobilien Beratungsteams geben würde.² Mit Blick auf die nächste Programmrunde scheint es wichtiger denn je die eigene Unabhängigkeit zu bewahren und Auseinandersetzungen einzufordern. Dafür braucht es neben guten Nerven und einem langen Atem vor allem eine Bestimmung der eigenen politischen Ziele und Werte.

Martina Holm

- 1) Die erste Runde von Bundesprogrammen gegen Rechtsextremismus Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt (AgAG) von 1992 – 1997; die zweite *Civitas*, *ENTIMON* und *XENOS* von 2001 – 2007; die dritte *kompetent. für Demokratie und Vielfalt tut gut* von 2007 bis Ende 2010.
- 2) *monitor* Nr. 32 (Oktober 2007): Reine Kosmetik – Die neuen Bundesprogramme gegen Rechts.

ideologischer Begriffsdebatten werden darf« eingeladen. Hintergrund waren zum einen die Diskussionen um die Neuausrichtung der Bundesprogramme gegen Rechts (siehe nebenstehenden Artikel) aber auch die zunehmende Debatte um politische Gewalt in Berlin. Ein dort gehaltenen Vortrag von Dr. Michael Kohlstruck ist nun in der Reihe Expertisen für Demokratie bei der FES erschienen. Der Referent kritisiert aus sozialwissenschaftlicher Sicht die öffentliche Debatte um politische Gewalt und die darin enthaltenen Gleichsetzung der Gewalt von rechts und links. Er beklagt die mangelnden sozialwissenschaftlichen Untersuchungen zum Themenfeld sowie die erweiterten Zuständigkeiten der Verfassungsschutzbehörden in Berlin in der bisherigen Debatte. Die empfehlenswerte Broschüre ist als Druckausgabe und zum Download erhältlich unter www.fes-gegen-rechtsextremismus.de. ◀

Serie von Brandanschlägen in Sachsen

Dresden/Döbeln • In der Nacht zum 19. August wurde ein Brandanschlag auf das alternative Wohnprojekt »Praxis« in Dresden-Löbtau verübt. Dabei brannte ein Zimmer aus, die BewohnerInnen konnten sich glücklicherweise schnell genug in Sicherheit bringen. Wenige Tage später, in der Nacht zum 24. August, warfen Unbekannte einen Brandsatz in ein Zimmer eines weiteren alternativen Wohnprojektes im Stadtteil Piesche. Durch das schnelle Eingreifen der BewohnerInnen kam es hier zu keinen größeren Schäden. Beide Projekte waren schon in der Vergangenheit Angriffen von Nazis ausgesetzt. Auch die Behörden gehen mittlerweile davon aus, dass die Anschläge von Nazis begangen wurden, die »Soko Rex« ermittelt.

Als Reaktion auf die Anschläge demonstrierten wenige Tage später 500 AntifaschistInnen unter dem Motto »Naziterror stoppen – Solidarität mit den Betroffenen«.

Am 29. August gab es einen weiteren Brandanschlag in Dresden, diesmal war das Begräbnishaus des Neuen Jüdischen Friedhofs in Dresden das Ziel.

In **Döbeln** (Mittelsachsen) kam es in der gleichen Woche ebenfalls zu ▶

bildung en detail Neuer Vortrag über Internet-Communities

Die extreme Rechte in Social Networks

Die »Social Networks« wie *Facebook*, *MySpace* oder *wer-kennt-wen* dienen nicht nur der Vernetzung extrem rechter Szenen, sondern sie öffnen Räume zur Propaganda und Werbung. In eigens geschaffenen Gruppen gestalten Neonazis einen virtuellen Sozialraum, tauschen Materialien und Termine, organisieren Aufmärsche oder »Nationale Grillabende«. In Hunderten Gruppen verknüpfen sie »populistische« Forderungen mit neonazistischen Parolen, verbreiten Weltverschwörungshalluzinationen und erreichen eine bedenklich hohe Anzahl UnterstützerInnen. Vor allem wird in den »Social Networks« nachvollziehbar, wie neonazistische Identität in ein »ganz normales« Alltagsleben, bestehend aus Techno-Event und Freiwilliger Feuerwehr, eingepasst werden kann.

Der Vortrag gibt, insbesondere am Beispiel der Internet-Community *wer-kennt-wen*, Einblicke in die vielfältigen neonazistischen Aktivitäten in »Social Networks«. Wie bedeutend ist der virtuelle Raum als Kontaktbörse, Austauschplattform oder Propagandamedium? Erreicht man so mehr Menschen, als wenn man durch abgeschirmte, menschenleere Vororte marschiert? Oder sind die Netzwerke zu substanzlos und unverbindlich, um von einer »neuen Gefahr« zu reden? Und: Wie kann man dagegen antifaschistisch intervenieren?

Der Vortrag kann auf Regionen in Hessen und Rheinland-Pfalz zugeschnitten werden. Weiteres siehe: *monitor* Nr. 41, »Der virtuelle Dorfbrunnen« (www.apabiz.de/publikation/monitor/Monitor%20Nr.41.pdf)



»free-gender«

Bericht ↻ Die Initiative »Raus aus den Köpfen – Genderterror abschaffen«

einem Brandanschlag auf das sozio-kulturelle Zentrum Treibhaus e.V., bei dem zum Glück kein Schaden entstand. Am Tag zuvor waren Mitglieder der mittlerweile verbotenen Neonazikameradschaft STURM 34 vom Amtsgericht Döbeln wegen eines Angriffs auf das vom Treibhaus e.V. betriebene Café Courage verurteilt worden. In Sachsen kam es in diesem Jahr bereits zu 11 Brandanschlägen auf Geschäfte und Häuser von Linken und MigrantInnen. ◀

Demo gegen Nazi-Aktivitäten in Berlin-Weißensee

Berlin • Am 28. August folgten etwa 250-300 meist junge AntifaschistInnen dem Aufruf des Bündnisses »Kein Kiez für Nazis« zu einer Demonstration in Berlin-Weißensee. Anlass waren die zunehmenden Aktivitäten der relativ jungen Neonazi-Kameradschaft FREIE NATIONALISTEN BERLIN-MITTE. Aus deren Umfeld war es in den letzten Monaten regelmäßig zu neonazistischen Sprühereien, Bedrohungen und Übergriffen in den Stadtteilen Wedding, Mitte und Weißensee gekommen. Betroffen waren Einzelpersonen und linke Einrichtungen. Der friedliche antifaschistische Protest nahm auch Bezug auf das zeitgleich stattfindende Weißenseer Blumenfest. Hier war es in den letzten Jahren immer wieder zu neonazistischen Aktivitäten gekommen. ◀

Nazi-Kneipe »Zum Henker« soll geschlossen werden

Berlin • Die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) von Treptow-Köpenick hat am 26. August 2010



Neonazis verfolgen die Anhörung im Vorraum. (c) Matthias Zickrow

beschlossen, »alle zur Verfügung stehenden rechtlichen Mittel und Möglichkeiten auszuschöpfen«, damit ▶

Eine neuartige Kampagne der parteifreien neonazistischen Rechten, die explizit gender bzw. Geschlechterverhältnisse und Sexualität zum Thema hat, ist die im Mai 2009 gegründete Initiative »Raus aus den Köpfen – Genderterror abschaffen!« (free-gender.de). Auf den ersten Blick reihen sich deren Inhalte in die weitverbreiteten aktuellen Diskurse ein, die vermitteln, dass es jetzt auch mal gut sei mit der Emanzipation und der Gleichstellung. Auf den zweiten Blick wird neben dem sexistischen und homophoben Gehalt der Kampagne auch der neonazistische Hintergrund der Initiative offenbar.

Im Juli 2009 wurde ein Radiogespräch online gestellt, in dessen Einleitung es heißt: »Im Gespräch mit Peter und Martin berichtet Katharina von der Initiative »Raus aus den Köpfen – Genderterror abschaffen« über die Motive der Genderforschung und darüber, was sich hinter dem Begriff »Gendermainstreaming« verbirgt.« Gendermainstreaming ist zum weit verbreiteten Feindbild in der konservativen¹ und auch in der extremen Rechten geworden. Inhaltlich werden dabei immer seltener diverse Schlagwörter aus der Geschlechterforschung und der Gleichstellungspolitik als das verhandelt, was sie sind. Kunstwörter wie »Genderismus« oder »Zwangs-Genderisierung« (beide EVA HERMAN) kursieren. Viele haben einen verschwörerischen Unterton, der suggeriert, dass sowohl die Forschung als auch die gleichstellungspolitischen Maßnahmen in Wirklichkeit Teil eines ganzen, meist heimlich von linksradikalen Feministinnen implementierten, tiefgreifenden politischen Programmes seien: »Es (Gendermainstreaming, E.S.) will nicht weniger als den neuen Menschen schaffen, und zwar durch die Zerstörung der »traditionellen Geschlechtsrollen«, so schon die FAZ 2006.

Vom Mädelring Thüringen zu free-gender

Parallel zum gesellschaftlich erstarkenden antifeministischen backlash, der die Gleichberechtigung vollbracht sieht und weitere emanzipatorische und feministische Bestrebungen als Bedrohung der Männlichkeit verdammt, hat sich auch in der extremen Rechten das Feindbild der »Emanzen« und der »politischen Geschlechtsumwandlung« gefestigt. Die Initiative »Raus aus den Köpfen – Genderterror abschaffen!« (free-gender.de) ist in dieser Form dennoch einmalig. Sie ist den Strukturen des 2004 entstandenen, aber inzwischen inaktiven MÄDELRING THÜRINGEN (MRT) zuzurechnen, welchem antifaschistische, feministische Analysen als einziger Frauenorganisation das Ziel eines »nationalen Feminismus« zuordneten. So wollte der MRT anfangs noch »eine übertriebene Stilisierung der Mutterrolle vermeiden.«² Das Postfach in Saalfeld ist identisch und inzwischen zeichnet für free-gender die Mittzwanzigerin MAREIKE (»RIEKE«) BIELEFELD



free-gender Infostand beim Thüringentag in Pößneck, 12.06.2010. (C) Recherche Ost

verantwortlich, die vorher »Medienbeauftragte« bzw. führendes Mitglied des MRT gewesen sein soll. Als Adresse ist im Impressum der Seite free-gender das »Braune Haus« in Jena angegeben. Während sich der Mädelring als parteifern gerierte und sich mit der Forderung »Deutsche Frauen wehrt euch – gegen das Patriarchat und politische Unmündigkeit« angesichts der männerbündischen und sexistischen Strukturen innerhalb der extremen Rechten ziemlich weit aus dem Fenster lehnte, so ist »free-gender« zwar auch hauptsächlich im Spektrum der Freien Kräfte/Autonomen Nationalisten aktiv³, doch sind hier keine Spuren von Kritik an der eigenen Szene mehr zu finden. Hauptinhalte sind aus der Presse aufgegriffene Meldungen und Artikel, die sich im weitesten Sinne mit den Themen gender, Geschlechterrollen, Familie und »Volkstod« beschäftigen. Sie werden auf der insgesamt eher simplen Seite meist zynisch bis skandalisierend kommentiert.

»Wahrer Feminismus« war gestern

Die einstigen Protagonistinnen des MRT lehnen heute »Emanzipation« durchweg ab, das Patriarchat gibt es nicht mehr in ihren Analysen: »Viele Frauen und Familien habt IHR (Feministinnen, E.S.) in den Abgrund getrieben, mit EUREM hanebüchen Auswurf »Mein Bauch gehört mir« und dem dazugehörigen Selbstverwirklichungswahnsinn!«, schreibt eine Autorin, die sich zynisch »eine wahre Feministin« nennt.⁴ »admin«



kommentiert: »Nun, Feminismus ist nicht gleich Feminismus! [...] Es gibt unzählige Richtungen des Feminismus. Der, der wirklich Menschheitszersetzend wirkt, ist unter anderem der Radikal-feminismus, dem auch Alice Schwarzer angehört. Der Ursprung der Frauenbewegung war sinnvoll und notwendig und hatte nichts mit der »Entwaffnung« des Mannes bzw. die komplette Identitätszerstörung eines Geschlechts zu tun.«⁵ Welcher Feminismus nun aber richtig sei oder war, bleibt unbeantwortet, lediglich am »linksradikaler«, »volkszersetzender« Feminismus wird sich abgearbeitet. »Zu allererst ist dazu zu sagen, dass Gleichberechtigung natürlich etwas sehr erstrebenswertes ist«, sagt »Katharina« von free-gender im Radio-Interview. Im nächsten Schritt prangert sie an, dass »diese ganze Tausenden Mädchen und jungen Frauen davon abgehalten werden sollen, typisch [...] weibliche Berufe zu erlernen, weil man eben der Ansicht ist, dass es [...] für eine wahre Gleichberechtigung wichtig ist, dass Frauen auch männliche Berufe erlernen.« Dabei sieht sie »Interessen, Eigenschaften, Talente und Charaktereigenschaften von Männern und Frauen« als »genetisch festgelegt«.⁶ Bei free-gender gibt es ungerechte Geschlechterverhältnisse nur noch, wo Männer die Opfer sind: »Das Ergebnis dieser haarsträubenden gesellschaftlichen Entwicklung sieht man an fast jeder Ecke, verweichlichte Jungen und Männer.«⁷

Wenngleich die Initiative noch relativ jung ist, so stößt sie dennoch auf Resonanz in der neonazistischen Szene. Free-gender füllt eine Lücke in der extremen Rechten, die die Konzeptlosigkeit der »Autonomen Nationalisten« und die Realitätsferne alter Nazis bislang freigelassen hatten. Bei den AN waren Genderkonstruktionen lediglich im Subtext ihrer Propaganda zu finden, die Praxis des jugendkulturellen »anything goes« erlaubte auch eine Teilhabe von Frauen am soldatischen Straßenkampf. Die fortschreitende Selbstdisziplinierung der Szene erfolgt nun in Bezug



»T-Hemden« der Kampagne gibt es nur für Mädels
(C) Mario Bialek/Infothek

auf gender durch einen inhaltlichen Rückgriff auf völkische Geschlechterrollenbilder: sozusagen ein »antifeministischer backlash« im Neonazismus. Familie wird selbst beim jugendkulturell geprägten Teil der Szene zum Thema, das alle angeht, Abtreibung ist nicht mehr eine persönliche Entscheidung, sondern eine Straftat am deutschen Volke, Sexualaufklärung wird zur »gender-schen« Frühsexualisierung und immer wieder wird die Bedrohung der Männlichkeit – aber auch der durch Mutterschaft definierten Weiblichkeit – durch »das System« heraufbeschworen. In diesem Sinne reiht sich die Beschäftigung mit gender in den systemoppositionellen Habitus, Gendermainstreaming wird als politisches Werkzeug der BRD verdammt und das Beharren auf traditionelle Geschlechterrollen zur revolutionären Tat: »Ohne die Demontage der Rollenbilder werden die Verfechter der Gender Theorie nie zu ihrem Ziel, die Schaffung eines neuen, noch stärker manipulierbaren, Menschentypus gelangen.«⁸

Dass aber auch »alte Mädels« wie URSULA HAVERBECK-WETZEL es sich nicht nehmen lassen, auf den Zug aufzuspringen, zeigen die aktuellen Ausgaben von Blättern wie STIMME DES REICHES oder HNG-NACHRICHTEN. Allerdings zieht Haverbeck eine Schlussfolgerung, die jungen Nazis und vor allem spaßorientierten ANs wenig schmecken dürfte, nämlich »daß zivilisierte Kulturen sich dadurch auszeichnen, daß sie neben der vorehelichen Keuschheit auch auf absoluter Monogamie bestehen. [...] Die Begrenzung der sexuellen Triebbefriedigung muß als die Ursache des kulturellen Fortschritts betrachtet werden.«

Eike Sanders

- 1) So maßgeblich Volker Zastrow in der FAZ v. 19.06.2006, der Gendermainstreaming als »politische Geschlechtsumwandlung« umdeutete und seither als Stichwortgeber sämtlicher Kritiker_innen herhält.
- 2) Zitiert am 29.09.2007 von MÄDELING THÜRINGEN auf www.feministinnen.de/viewtopic.php?f=1&t=521; zuletzt am 24.2.2010.
- 3) Nach eigenen Angaben: 16.05.2009 in Thüringen; 11.06.2009 im Altenburger Land; 11.07.2009 als »Team Pink« auf dem »Rock für Deutschland« in Gera; 11.11.2009 in Magdeburg, auf dem »Thüringen Tag« in Pößneck am 12.06.2010
- 4) www.free-gender.de/feminismus/alice-halts-maul-%E2%80%93-die-kleine-abrechnung/#more-326: »Alice halt's Maul« – Die kleine Abrechnung, erstellt von Eine wahre Feministin am Montag 27. Juli 2009
- 5) ebd.
- 6) Radiogespräch zwischen free-gender (»Katharina«) und spreelichter.info (»Peter« und »Martin«) abgelegt auf: www.spreelichter.info/medien/164/slr01_gendermainstreaming.mp3; zuletzt eingesehen am 1. November 2009; Transkription durch Eike Sanders (apabiz)
- 7) »admin« auf: www.free-gender.de/masnahmen/manner-an-die-kindergarten-front/#more-1093
- 8) ebd.
- 9) Sie zitiert hier zustimmend den englischen Anthropologen J.D. Unwin (»sex and culture«, 1934, S. 317)

das »rechtsextreme Szenelokal »Zum Henker« so schnell wie möglich geschlossen werden« könne. Den Antrag hatte ein Bündnis aller bürgerlichen Parteien in der BVV – von der LINKEN bis zur CDU – vorgelegt. In der offenen Bürgerfragestunde sprach der Pächter, der aus England kommende Neonazi PAUL BARRINGTON, vor der BVV vor. Sein Auftritt löste bei vielen Verordneten einen lauten und langen Hustenreiz aus. Vor dem Bezirksamt nahmen lediglich ca. 40 meist junge Neonazis an einer von SEBASTIAN SCHMIDTKE (Vorstand NPD BERLIN) angemeldeten Kundgebung teil und demonstrierten gegen die anstehende Entscheidung. ◀

Bad Nenndorf: 1000 Neonazis marschieren, Gegendemonstration verboten

Bad Nenndorf • Am 14. August 2010 fand zum fünften Mal in Folge der sogenannte »Trauermarsch« von Bad Nenndorf statt. Etwa 1000 meist junge Neonazis aus weiten Teilen des Bundesgebiets marschierten in einem der SA huldigenden Aufzug durch die Kurstadt. Anmelder war MATTHIAS



SCHULZ aus Verden, Organisator der wegen Volksverhetzung verurteilte MARCUS WINTER. Als Redner traten neben Winter u.a. SVEN SKODA aus Düsseldorf und PATRICK FISCHER aus Leipzig in Erscheinung. Die Redebeiträge der Holocaust-LeugnerInnen URSULA HAVERBECK-WENZEL und RIGOLF HENNIG waren polizeilich untersagt worden.

Gegenproteste konnten bis auf eine zeitlich und räumlich getrennte Kundgebung nicht stattfinden. Aufgrund eines von Polizei und Verfassungsschutz herbei fantasierten Gewaltszenarios waren der polizeiliche Notstand ausgerufen und zunächst beide Demonstrationen verboten worden. Das Verbot der Gegendemonstration von DGB und dem bürgerlichen ▶



Wildern in fremden Revieren

Rezension ↻ Die Rolle des Verfassungsschutzes in Sozialwissenschaft und politischer Bildung

Seit Jahren drängt der Verfassungsschutz in die politische Bildung. Unter dem Stichwort Prävention will der Inlandsgeheimdienst den wissenschaftlichen und pädagogischen Diskurs darüber, was »Extremismus« ist, nicht nur mitbestimmen, sondern die Diskursregeln vorgeben. Ein von SozialwissenschaftlerInnen im Dienste des Amtes herausgegebener Sammelband offenbart die Legitimationsstrategien des Verfassungsschutzes bei diesem Vorgehen.

Bündnis »Bad Nenndorf bleibt bunt« blieb bestehen, die Neonazis durften marschieren. Auf Antrag der Grünen, wird dieses Vorgehen nun parlamentarischen Nachhall im niedersächsischen Landtag haben. ◀

Völkischer Tanzkreis feiert Sommerfest

Berlin-Pankow • Weitgehend unbeachtet von der Öffentlichkeit hat der TANZKREIS SPREE-ATHEN E.V. zum dritten Mal sein jährliches Sommerfest in einer Laubenkolonie in Berlin-Pankow ausgerichtet. An dem ganztägigen Ereignis am 4. September nahmen rund 40 »Tanzhungrige« sowie deren



Völkische Kleiderordnung: »Angemessene Kleidung« für Männer sind Zimmermanns- oder Kniebundhosen..

Kinder teil. Unter den Teilnehmenden dominierte der in völkischen Kreisen übliche Kleidungsstil: Frauen in langen Röcken oder im Dirndl, Männer in Zimmermanns- oder Cordhosen. Anwesend waren Mitglieder der NPD und Anhängerinnen der völkisch-biologistischen GEMEINSCHAFT DEUTSCHER FRAUEN (GoF). Zugewogen war u.a. MATTHIAS WICHMANN, Abgeordneter der NPD in der BVV Marzahn-Hellersdorf sowie SEBASTIAN RICHTER, ehemaliger Anhänger der seit 2009 verbotenen HEIMATREUEN DEUTSCHEN JUGEND (HDJ), heute Landesbeauftragter der JUNGEN NATIONALDEMOKRATEN (JN) in Brandenburg sowie Mitglied in deren Bundesvorstand. Für den Verein, der dem extrem rechten FREIBUND nahe steht, hatte Ilja G. eingeladen. G. war noch im Jahr 2007 als stellvertretender Kreisvorsitzender der NPD Pankow aufgefallen. Der selbständige Steinmetz bewirbt seine Produkte, darunter Irminsul-Stelen und diverse Runen-Darstellungen, vor allem im völkischen Milieu. Der TANZKREIS SPREE-ATHEN E.V. wurde im April 1999 von Mitgliedern des Berliner Freibundes gegründet, als Vorsitzender fungiert bis heute BJÖRN R., der zeitweilig auch als Bundesführer des Freibundes aktiv war. ◀

Die Shooting Stars des »diskursiven Verfassungsschutzes«, Thomas Grumke und Armin Pfahl-Traughber, betonen als Herausgeber des Bandes gleich zu Beginn, wie sehr sich das Selbstverständnis des Verfassungsschutzes seit Ende des Kalten Krieges gewandelt habe. Das geheimnisumwitterte Schlapput-Image habe man in eine transparente Kommunikation mit der Gesellschaft transformiert.

Was als Öffnungsprozess beschrieben wird, kann als Indiz dafür gelesen werden, wie stark die Sinnkrise des Verfassungsschutzes zeitweise nach Ende des Ost-West-Konfliktes war. Doch bereits in den 1990er Jahren sorgte der wiederbelebte »Extremismuskurs« dafür, dass der Verfassungsschutz neue Legitimität zugeschrieben bekam. In zunehmenden Maß ging es bei der geheimen Behörde nicht mehr nur darum, geheime Dinge zu tun, sondern für eine »Erhöhung der Analysekompetenz« (S. 25) zu sorgen.

Sozialwissenschaft im Dienst des VS

Zu diesem Zweck warben die VS-Ämter ab Ende der 1990er-Jahre gezielt SozialwissenschaftlerInnen als hauptamtliche MitarbeiterInnen. Folgerichtig spricht Pfahl-Traughber, einer der Vordenker der Verankerung des VS im sozialwissenschaftlichen Diskurs, »von einer gelungenen Verkoppelung von sozialwissenschaftlichen Analysen mit verfassungsschützerischen Erkenntnissen.« (S. 26) Im Klartext: Die sozialwissenschaftlich gewonnenen Analysen stehen ganz im Dienste des Amtes.

Immerhin räumt Gunter Warg, ehemaliger Referent im Bundesamt für Verfassungsschutz, ein, dass eine Erwähnung im Verfassungsschutzbericht einer politischen Stigmatisierung gleichkommt und ein Interessenkonflikt zwischen Meinungsfreiheit und dem Deutungshoheitsanspruch des Verfassungsschutzes besteht. Im Weiteren wischt er diesen Einwand allerdings wortreich mit dem Argument beiseite, dass ExtremistInnen ihre Ziele eben mit harmlosen Meinungskundgaben tarnten und somit für den Verfassungsschutz Handlungsbedarf bestehe.

Im zweiten Teil des Bandes erläutern AutorInnen, die heute immer noch im Dienst des VS stehen oder inzwischen an Universitäten und Fachhochschulen arbeiten, was sie unter Extre-

mismusprävention verstanden wissen wollen. In seinem Beitrag »Rechtsextremismusprävention – Ziele und Handlungsmöglichkeiten« beutet Thomas Pfeiffer das gesamte Arsenal der Methodik politischer Bildung zum Thema Rechtsextremismus mit dem Zweck aus, den Verfassungsschutz als kompetenten Bildungsträger in Sachen Demokratieerziehung erscheinen zu lassen.

Der wissenschaftliche Referent des VS NRW ist im Auftrag seines Dienstherrn in Schulen und Jugendeinrichtungen als »Bildungsarbeiter« unterwegs. Seine Zielgruppe hat Pfeiffer dabei fest im Blick: Jugendliche, junge Erwachsene und LehrerInnen. Dass die kostenlosen Angebote des Verfassungsschutzes freien Trägern der Bildungsarbeit eine nicht zu unterbietende Konkurrenz machen, ist ein gern in Kauf genommener Nebeneffekt. Dem entsprechend selbstbewusst plädieren alle AutorInnen dafür, Verfassungsschutz und politische Bildung nicht als Konkurrenz, sondern als gemeinsame Stärkung der Demokratiekompetenz zu begreifen.

Bis auf die üblichen Verdächtigen kritisieren diese Praxis nur Wenige. Zu ihnen zählt der ehemalige taz-Redakteur und heutige Geschäftsführer von Schule ohne Rassismus, Eberhard Seidel. Er kritisierte erst jüngst das Vordringen des Verfassungsschutzes in die Sphäre der politischen Pädagogik scharf: »Tagtäglich überschreiten seine Mitarbeiter ihre Grenzen – in den Schulen und im öffentlichen Diskurs. Und ganz offensichtlich wird das von der Politik auch so gewollt.« Seidel qualifiziert die Bildungsarbeit des VS denn auch als »ein Verstoß gegen geltendes Recht. Denn in Paragraph 3 des Bundesverfassungsschutzgesetzes sind die Aufgaben des Verfassungsschutzes klar geregelt ... Von politischer Bildung ist da nicht die Rede.« (taz, 12.7.10)

Offene Intervention in die politische Bildung

Unter dem Kapitel Fallbeispiele widmet sich der Sammelband der Methodik der Bildungs-, Öffentlichkeits- und Kommunikationsstrategie des Verfassungsschutzes. Dabei nimmt breiten Raum ein, was die AutorInnen für das Erreichen der Zielgruppe »Jugendliche« als großen Coup darstellen: die sogenannten Andi-Comics des VS NRW. (vgl. ak 545) Die in hohen Auflagen unter



SchülerInnen verbreiteten Comichefte zeichnen sich durch ein schlichtes, dichotomes Strickmuster aus, in dem die bösen ExtremistInnen aller Couleur moralisch einwandfrei engagierte aber arglose Jugendliche verführen. Dass insbesondere die rechtsextreme Jugendkultur an rassistische Stereotype aus der Mitte der Gesellschaft anknüpft, ist dem pädagogisierenden Comic nicht zu entnehmen.

Mit diesem aufschlussreichen Sammelband aus der Feder von VS-AutorInnen soll die Institution Verfassungsschutz einerseits als einen ganz normalen Teil des pluralen wissenschaftlichen und politischen Diskurses legitimiert und andererseits seine Sonderstellung als geheimdienstliche Behörde mit Anspruch auf politische Deutungshoheit fundiert werden. Die Argumentationsstrategie des Buches, ausgerechnet die Arbeit eines Geheimdienstes als Beitrag zur Stärkung

der Demokratie auszugeben, mag paradox klingen, hat jedoch – wie gezeigt – weitreichende Folgen.

Es ist das Verdienst des Buches, in dankenswerter Offenheit Ziele, Methoden und Motivlagen des Verfassungsschutzes für seine Intervention in den Bereich der politischen Bildung offengelegt zu haben. Ein Grund mehr, weshalb der Verfassungsschutz kein Partner für Demokratieerziehung und politische Bildung sein kann.

Redaktion Antifaschistisches infoblatt

Thomas Grunke/Armin Pfahl-Traugber (Hrsg.): Offener Demokratieschutz in einer offenen Gesellschaft: Öffentlichkeitsarbeit und Prävention als Instrumente des Verfassungsschutzes. Verlag B. Budrich, Opladen 2010, 172 Seiten, 24,90 Euro

Neonazikonzerte mit Kategorie C

Salzkotten/Waldsolms • Zwei Konzerte der »Hooliganband« KATEGORIE C – HUNGRIGE WÖLFE sorgten für Aufsehen: Am 17. Juli spielte die Band im ostwestfälischen Salzkotten, am 14. August im hessischen Waldsolms-Brandobendorf. Bei beiden Auftritten war der Konzertort bis unmittelbar vor der Veranstaltung geheim gehalten worden, die Anzahl und das Auftreten von Neonazis unter den jeweils ca. 400 BesucherInnen war derart prägend, dass von Neonazikonzerten geschrieben werden muss. Am Beispiel des Konzertes in Salzkotten gelang AntifaschistInnen der Nachweis, dass bekannte Neonazis zu den Organisatoren zählten und den Sicherheitsdienst leiteten. Seit dem Jahre 2006 versucht die Band, die der Bremer Neonaziszene entstammt, auf den Spuren der BÖHSEN ONKELZ zu wandeln: Sie verklärt(e) sich zunehmend zur »unpolitischen« Band, suchte und



Extrem rechte KC-Fans aus dem Raum Offenbach (Hessen) vor dem Konzert in Waldsolms am 14. August 2010.

fand kommerziellen Erfolg in einem immer breiter werdenden Spektrum aus Fußballfans und Rockern. Doch aufgrund beständiger antifaschistischer Intervention gelang es der Band nicht, ihre Auftritte als »ganz normale« Konzerte durchzuführen. Ständiges Hickhack um KC-Auftritte, bisweilen polizeiliche Verbote und Absagen der Räumlichkeiten, zwingen die Band, zum Altbewährten zurückzukehren: Konspirative Konzerte, zu denen das Publikum per Infotelefon und über Schleusungspunkte dirigiert wird. Ein »normales« Fußballpublikum lässt sich so kaum mobilisieren, sondern in der Hauptsache KC-Fans aus der extremen Rechten, die massenhaft mit der Parole der Band posieren: »So sind wir.« Dem ist wenig hinzuzufügen. ◀



Neuerscheinung

»Berliner Zustände« über das Jahr 2009 erschienen

➔ Schwerpunkt antimuslimischer Rassismus

Etwas spät im Jahr ist endlich im August die inzwischen vierte Ausgabe

der »Berliner Zustände« erschienen. Gemeinsam mit den KollegInnen von der Mobilien Beratung gegen Rechtsextremismus (MBR) herausgegeben, widmen sich diesmal insgesamt sechs Berliner Projekte und AutorInnen rechtsextremen, antimuslimischen und anderen rassistischen Phänomenen in Berlin, die eine kontinuierliche gesellschaftliche und politische Auseinandersetzung notwendig machen.

Extreme Rechte: Inhaltsschwach und gewalttätig

Trotz der strukturellen und inhaltlichen Schwäche der extremen Rechten in Berlin waren im Jahr 2009 erneut eine Vielzahl gewalttätiger Aktionen zu beobachten. Darüber hinaus ist deutlich geworden, welche wesentlichen Funktionen personelle Zusammenschlüsse – wie die durch den Berliner Senat verbotene Kameradschaft »Frontbann 24« – und rechtsextreme Szenetreffpunkte wie die Kneipe »Zum Henker« haben. Weitere Artikel beschreiben: die Krise des Berliner Landesverbandes der NPD, den »Bordsteinkick-Prozess« nach einem schweren rechtsextremen Angriff am S-Bahnhof Frankfur-

ter Allee im Juli 2009 und die nach wie vor hohen Zahlen rassistischer Angriffe und Bedrohungen in Berlin.

Schwerpunkt: Antimuslimischer Rassismus

Mit der diesjährigen Schwerpunktsetzung auf das Phänomen des antimuslimischen Rassismus, das häufig auch als »Islamophobie« bezeichnet wird, möchten wir einen Beitrag zu einer differenzierten Auseinandersetzung mit dem Thema leisten. Trotz der offensichtlichen Bedeutung dieses Phänomens für die »Migrations- Hauptstadt« Berlin gibt es hierzu nach wie vor nur wenige Expertisen aus den Projekten und Initiativen. Im Alltag der beratenden und dokumentierenden Initiativen in Berlin zeigt sich die Bedeutung des antimuslimischen Rassismus vor allem in Form öffentlicher rassistischer Diskurse, in Diskriminierungen und Angriffen, aber auch in immer konkreteren Politikangeboten für Islamfeinde jeglicher Couleur.

Wir danken unseren Fördermitgliedern und SpenderInnen, die mit ihrer Unterstützung auch den Schattenbericht erst möglich gemacht haben. Die »Berliner Zustände 2009« könnt ihr im Archiv bestellen.

apabiz



Abonnieren...

...kann man den *monitor* nicht. Aber wer Fördermitglied des apabiz e.V. wird, der bekommt ihn kostenlos zugeschickt! Spenden und vor allem ein fester Kreis von Fördermitgliedern sind für unsere Arbeit unersetzbar. Sie sichern den Erhalt unseres Projektes unabhängig von öffentlichen Geldern und damit unabhängig von gesellschaftlichen Stimmungen. Die Spenden sind steuerlich absetzbar.

► Fördermitglied werden

Ihr spendet uns einen festen monatlichen Betrag, den wir von Eurem Konto abbuchen. Alternativ ist auch die Einrichtung eines Dauerauftrages möglich. Dafür erhaltet Ihr diesen Rundbrief mit unserer internen Beilage, werdet mit Informationen versorgt und bekommt einen Kaffee, wenn Ihr vorbeikommt.

► Spenden

Ihr überweist einfach einmalig oder per Dauerauftrag auf unser Konto (s. S. 1). Für die Ausstellung einer Spendenbescheinigung müsst Ihr uns allerdings noch Eure Daten zukommen lassen. Auch Sachspenden sind willkommen.

► Fördermitgliedschaft

Hiermit erteile ich dem apabiz e.V. eine Einzugsermächtigung über monatlich _____ Euro (mind. 5 Euro).

► Dauerauftrag/Einmalige Spende

Ich habe zur Unterstützung Eurer Arbeit

- einen Dauerauftrag eingerichtet.
 einmalig _____ Euro überwiesen.

Kontonummer: _____

Bank und BLZ: _____

Name/Organisation: _____

Adresse: _____

e-mail: _____

Unterschrift: _____

- Spendenbescheinigung erwünscht (Fördermitglieder und Dauerspenden erhalten diese einmal jährlich)

Neu im Archiv

In dieser Rubrik wollen wir Euch einen kurzen Überblick über Bücher, Broschüren und andere Medien geben, die im Archiv neu eingegangen und ab sofort verfügbar sind.

Darüber hinaus werden wir auf bestimmte Sachgebiete hinweisen, zu denen Ihr Sammlungen bei uns finden könnt. Danke an die Verlage.

• *Puschner, Uwe und Großmann, G. Ulrich (Hg.): »Völkisch und national – Zur Aktualität alter Denkmuster im 21. Jahrhundert«. WGB – Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt 2009.*

Bereits im November 2005 organisierten die beiden Wissenschaftler Uwe Puschner und G. Ulrich Großmann am Germanischen Nationalmuseum in Nürnberg eine interdisziplinäre Tagung mit dem Titel »völkisch und national. Denktraditionen und Mythenbildungen im 21. Jahrhundert«. In dem gleichnamigen Tagungsband sind 23 aktualisierte Beiträge der Veranstaltungen zu finden, die versuchen, sich dem Thema »Völkische Bewegung« über aktuelle Bezüge zu nähern und Traditionslinien aufzuzeigen.

Im Mittelpunkt dieses interessanten Sammelbandes stehen hierbei wesentliche Identifikationspunkte für neuheidnische und völkische Strömungen der Gegenwart, die anhand von Einzelbetrachtungen historische Kontinuitäten verdeutlichen. In einzelnen Beiträgen wird sich beispielsweise mit dem Externsteinen-Mythos, Runengymnastik oder Neofolk als rechte Spielart des Dark Wave auseinandergesetzt. Aber auch »Runenkunde im Nationalsozialismus« oder »Paganismus und Indo-Germanentum als Identifikationselemente der Neuen Rechte« werden von den AutorInnen näher beleuchtet.

• *Gideon Botsch, Christoph Kopke, Lars Rensmann, Julius H. Schoeps: »Politik des Hasses. Antisemitismus und radikale Rechte in Europa«. Olms Verlag, Hildesheim, Zürich, New York, 2010.*

Ein buntes Spektrum von 22 Beiträgen rund um historischen und rezenten Antisemitismus und Rechtsextremismus hierzulande und international sind in diesem Band versammelt. Zu den Highlights zählt eine solide, quellengesättigte Betrachtung der Rezeption der Wannseekonferenz durch den Geschichtsrevisionismus. Wo viel Licht, da auch Schatten: Ein anderer Beitrag will Antisemitismus im sunnitischen Islamismus und im »Linksextremismus« vergleichen und verfehlt dieses Ansinnen grandios: In atemberaubender Platttheit werden »extreme Linke« und der Islamismus schlichtweg in eins gesetzt, beide würden das Ziel einer »herrschaftsfreien Gesellschaft« teilen.

• *Stefan Dierbach: »Jung - rechts - unpolitisch? Die Ausblendung des Politischen im Diskurs über Rechte Gewalt«. Transcript Verlag, Bielefeld 2010.*

Wenn rechte Gewalttäter immer wieder als »Jugendliche« apostrophiert werden, hat das Konsequenzen für die Problemwahrnehmung. In der Jugend, da schlagen junge Leute über die

Stränge, besonders politisch können die Taten von Neonazis also nicht sein. Dieser tatsächlich weit verbreiteten wie fehlerhaften Analyse geht der Pädagoge Stefan Dierbach in seiner jüngst veröffentlichten Dissertation auf den Grund. Die Schrift arbeitet kritisch und überzeugend, wenn gleich stellenweise etwas redundant, das Thema auf und drückt sich nicht um Handlungsvorschläge für die Praxis. Erfreulich wäre eine ebenfalls kritische Einbeziehung der derzeit boomenden Extremismustheorie auf das Problem rechter Gewalt gewesen.

• *Busch, Christoph (Hrsg.): »Rechtsradikalismus im Internet«. Reihe Medienwissenschaften – Band 11. Universitätsverlag Siegen – universi 2010.*

In dem vorliegenden Sammelband des Sozialwissenschaftlers Christoph Busch sind die schriftlichen Vorträge einer Tagung der Uni Siegen im Mai 2009 zu finden. Die AutorInnen – Studierende der Uni Siegen und externe ExpertInnen – beschäftigen sich in 19 Beiträgen mit verschiedenen Aspekten der extremen Rechten im Internet, vornehmlich aus sozialwissenschaftlicher Perspektive. Dabei haben die AutorInnen recht unterschiedliche Herangehensweisen gewählt. So analysiert ein Beitrag die KundInnenstruktur des neonazistischen Aufruhr-Versandes, dessen KundInnen- und Bestell-Daten 2006 durch einen Hack veröffentlicht wurden. Weitere Beiträge beschäftigen sich mit der Ästhetik und Selbstinszenierung und den Einflüssen auf die Internetöffentlichkeit, aber auch die Auseinandersetzung mit virtueller extrem rechter Propaganda wird diskutiert. Der Erkenntnisgewinn beim Lesen und die Qualität der Beiträge ist dabei sehr unterschiedlich, insgesamt finden sich jedoch einige lesenswerte Beiträge. ◀

Das Info-Paket vom apabiz e.V.



Nicht nur für Vereine und Institutionen, sondern für alle, die in den Genuss des gesamten Service des apabiz e.V. kommen möchten, gibt es jetzt unser Info-Paket in den Größen S, M und L:

- je 3/10/20 Exemplare des *monitor* pro Ausgabe
- den ReferentInnen-Katalog inklusive Updates
- zwei Exemplare aller neuen Publikationen des apabiz e.V. (Broschüren, Handreichungen etc.)
- Sonderkonditionen bei Nachbestellungen und Recherche-Anfragen

gibt es für 70 Euro / 100 Euro / 130 Euro im Jahr!